

EDA-POLITISCHE ABTEILUNG II  
p.B.15.50.4.Moz-HDA/DCA

Bern, 30. Oktober 1992

**Offizieller Arbeitsbesuch von Pascoal Mocumbi (M), Aussenminister der Republik Mozambique, in Bern am 16. Oktober 1992**

**Bericht über die offiziellen Gespräche**, präsiert auf Schweizer Seite durch Staatssekretär **Jakob Kellenberger** (KE) und anschliessend durch DEH-Direktor Botschafter **Fritz Staehelin** (SFR) sowie unter Anwesenheit von namentlich Frau Botschafter **Marianne von Grünigen**, Chef der PA III (GRN), Botschafter **Pierre-Yves Simonin**, Chef der PA II (SI), **Anton Thalmann**, DIO, **Hans Schellenberg**, DEH (SHG) und **Ursula Funk**, DEH (FUU).

Es handelt sich um den dritten offiziellen Arbeitsbesuch in der Schweiz, an dem M beteiligt ist. Zur Delegation Mozambiques zählten namentlich **Manuel Tomas Lubisse**, Directeur au Ministère des Affaires Etrangères, responsable pour l'Europe et l'Amérique, **Murade Isaac Murargy**, Botschafter der Republik Mozambique in Paris, der für die Schweiz zuständig ist sowie Herr **Goncalves**, Direktor, zuständig für die Schweiz im Aussenministerium.

Nach gescheiterten Friedensbemühungen in den achtziger Jahren und rund zweijährigen Verhandlungen, ist M **zuversichtlich**, dass das am 4. Oktober 1992 in Rom von Staatschef Joaquim Chissano und RENAMO-Führer Afonso Dhlakama unterzeichnete **Friedensabkommen in die Praxis umgesetzt** werden kann. Die Regierung sei nun **überzeugt, dass die RENAMO ernsthaft einen Frieden anstrebe**. Der Verhandlungsprozess habe gezeigt, dass die RENAMO zu einer politischen Partei mit einem eigenen Programm heranreife. Günstig seien auch die regionalen und internationalen Bedingungen (demokratische Fortschritte in Südafrika und Angola, Druck der USA auf eine friedliche Lösung sowie Akzeptanz eines UNO-Engagements in Mozambique - bereits sei ein Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs und ein erstes Kontingent von UNO-Militärbeobachtern in Maputo eingetroffen).

Laut Friedensvertrag ist die Bildung verschiedener Kommissionen vorgesehen, welche der durch die UNO präsierten "**Commission de supervision et contrôle**" pour superviser le **cessez-le-feu et contrôler l'exécution de l'accord général de paix**" (CSC) untergeordnet sind. Nach Auffassung der Regierung würden beispielsweise in der CSC die zwei ehemaligen Bürgerkriegsparteien, die UNO und die OAU sowie Italien, die USA, Portugal, Grossbritannien und Frankreich Einsitz nehmen. In der "**Commission du cessez-le-feu**" (CEF) würden neber den Kriegsparteien und der UNO wahrscheinlich Portugal, Grossbritannien und England, die drei Länder die die neue Armee aufbilden werden, teilnehmen. Portugal hatte ein besonderes Interesse an der Konfliktlösung gezeigt und Frankreich habe Erfahrungen in Tschad. Grossbritannien sei möglicherweise der RENAMO nicht genehm, da sie die Armee in Zimbabwe unterstützt hätten. Die Regierung hofft, diesbezüglich die Unterstützung der RENAMO zu erhalten.

M ersucht die Schweiz um eine **Einsitznahme in die Kommission zur Wiedereingliederung von Armeeeingehörigern ins Zivilleben "Commission de Réintégration" (CORE)**. Mit ihrer Vorarbeit für ein Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm verfüge die Schweiz über entsprechende Erfahrungen. M bittet die Schweiz zu versuchen,



das Vertrauen der RENAMO in das Programm zu gewinnen und diesbezüglich auch auf andere Geldgeberländer einzuwirken. Dazu liesse sich eventuell auch der zu weniger als der Hälfte verpflichtete 10 Mio Franken Kredit der Schweiz zur Reintegration von Militärs ins Zivilleben einsetzen. SFR erklärt, dass wir diesbezüglich seit langem mit Schweden, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden und nun auch mit anderen Ländern in Kontakt seien und teilt das **schweizerische Interesse an einer Weiterführung** dieses Engagements mit. Er weist darauf hin, dass angesichts der Budgetsituation in diesem Bereich **keine zusätzlichen Mittel** freigestellt werden können. Einen Teilzeiteinsatz des DEH-Vertreters in Maputo in dieser Kommission und möglicherweise den Beizug eines Experten hält M für angemessen.

Gemäss SFR würden wir gerne die Grundprinzipien des bisher geplanten mozambikanischen Programms zur Wiedereingliederung von Armeee Angehörigen ins Zivilleben in den UNO-Plan einbringen. Wir begrüssen das UNO-Engagement, eine Kontrolle sei wichtig, da in Mozambique viele Waffen zirkulieren. Aber laut FUU gelte es eine **Situation wie in Angola zu vermeiden**. Dort habe man die zu Demobilisierenden **lange in Camps festgehalten**, wobei auch deren Versorgung nicht immer gewährleistet gewesen sei. In Mozambique hätten wir in einer ersten Phase, noch vor einer grossen Demobilisierung, mit einfachen und bescheidenen Mitteln zeigen wollen, wie eine solche autonome Reintegration erfolgen könnte. Die ersten Ideen einer Wiedereingliederung über Arbeitsequipen zum Wiederaufbau des Landes, habe sich als problematisch herausgestellt. So wären beispielsweise Projekte nicht immer dort, wo sich die Betroffenen niederlassen wollten und alles abhängig von externer Finanzierung. Ein erstes Reintegrationsprogramm sei von anderen Geberländern als zu teuer abgelehnt worden.

Anhand eines Grundsatzpapiere (vgl. Beilage) erläuterte FUU die Prinzipien des nun angestrebten Programmes. Dabei steht die **selbständige** und möglichst rasche **Wiedereingliederung im Vordergrund**. Dies ist nicht unrealistisch, habe doch die Auswertung von 12'500 Fragebögen ergeben, dass 95% der zu Demobilisierenden an ihrem Bestimmungsort Familienangehörigen hätten, 50% wollten in die Landwirtschaft oder die Fischerei zurückkehren. Die Geberländer würden für den Heimtransport, die Regierung für die Weiterbezahlung des Soldes während rund 6 Monaten aufkommen. Nach dem Eintreffen der UNO sei es jedoch unklar, ob das Militär dieses Programm weiterhin unterstütze oder ob sie grössere, unrealistische Erwartungen haben. Mit der Hoffnung auf Beschaffung von Arbeitsplätzen über Wiederaufbauprogramme ist die Chance ist gross, dass die zu Demobilisierenden in den Camps verbleiben würden.

Laut M sind die Waffenstillstandskommission und die Kommission zur Wiedereingliederung von Armeee Angehörigen ins Zivilleben miteinander verbunden. Erstere kümmert sich um die Einquartierung der ehemaligen Kriegsführenden, sorgt dafür, dass diese nicht angreifen und teilt der letzteren Kommission mit, welche Personen zur Wiedereingliederung freigestellt würden. **Ideen von Schweizer Seite würden Handlungen der Wiedereingliederungskommission diktieren**, "parce que vous avez traité cela depuis longtemps, vous connaissez le dossier, nous comptons sur vous". Eine Schweizer Präsenz in dieser Kommission könne zu einem Konsens und zur Vertrauensbildung beitragen. **Wir hätten indessen für die notwendigen Kontakte zu sorgen**. SFR erklärt, dass wir bisher keine Kontakte mit RENAMO hatten, um die Diskussion nicht zu komplizieren. Die Erklärung von M würde indessen eine neue Situation schaffen, und wir würden die entsprechenden Kontakte aufnehmen. **Gemäss M sind diese auch mit RENAMO möglich** (in dieser

Beziehung rät Botschaftsrat Conrad Marty in Maputo zur Vorsicht, vgl. beiliegende Notiz an SFR und SI vom 29.10.1992.).

Als weitere Herausforderung für einen dauerhaften Frieden sieht M die **Aufnahme und Wiedereingliederung der über 1 Mio Flüchtlinge** vom Ausland und die **Wiederherstellung der "sozialen Infrastruktur"** für eine Gesellschaft, die durch 16 Jahre Bürgerkrieg traumatisiert sei. M habe sich in Deutschland darüber informieren lassen, wie das Land nach dem 2. Weltkrieg wiederaufgebaut worden sei. Für die nationale Versöhnung und psycho-soziale Eingliederung leisteten die **Kirchen** in Mozambique einen wertvollen Beitrag.

**Allgemeine Wahlen** sollen entsprechend dem Friedensvertrag **im nächsten Oktober** stattfinden. GRU und SI weisen darauf hin, dass **wir unter gewissen Bedingungen Wahlbeobachter entsenden könnten**. Neben einer guten Vorbereitung sowie einer Begleitung durch die UNO, Regierungen und ONGs, sei eine frühzeitige Einladung wichtig. M erklärt, dass gemäss den erzielten Abkommen, Fachleute der UNO, von Regierungen und ONGs eingeladen würden. Dabei hoffe er, dass diese, anders als im Falle Angolas, bis zur Publikation der Resultate bleiben könnten. Der **Entwurf eines Wahlgesetzes** soll dem Parlament in den nächsten drei Monaten vorgelegt werden. Die bestehende **Regierungsequippe soll**, entgegen anderslautender Gerüchte, **bis zu den Wahlen nicht ausgewechselt** werden. **Danach wäre nach Auffassung von Staatschef Chissano eine Koalitionsregierung nationaler Einheit möglich**, selbst wenn die FRELIMO eine grosse Mehrheit erringen sollte. SFR und SI weisen in diesem Zusammenhang auf die vorhandenen Fähigkeiten der Selbstverwaltung der (wichtigen) lokalen Autoritäten und die **föderalistischen Erfahrungen der Schweiz** hin. M zeigt sich **an einem Dialog Mozambiques mit schweizerischen Föderalismus-Experten interessiert**. SFR erklärt, **dass wir über Experten verfügen**, die in dieser Hinsicht nützlich sein könnten. M macht sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten des demokratischen Übergangs. Das Land habe nach einer kolonialen Vergangenheit versucht "sein Schicksal zu definieren". Die Analphabetenrate betrage 70%. Die **Verwaltung soll in Zukunft dezentralisiert** werden und lokale traditionelle Chefs mehr einbeziehen. In dieser Frage konzentriere sich die RENAMO sehr auf die Lokalverwaltung, während die Regierung eine nationale Sichtweise habe. Beide Perspektiven müssten nach den Wahlen verbunden werden, um neue Unruhen zu verhindern.

Da die RENAMO Veränderungen in Regierung und Verwaltung fordere, herrsche eine **gewisse Verunsicherung**. Auch bestehe die Befürchtung, dass Rückkehrer ihre alten Besitztümer zurückforderten. Die Regierung hat kürzlich ein **Gesetz erlassen, wonach Hausbewohner ihr Domizil zu subventionierten Preisen vom Staat erwerben können**. Aber enteignete Portugiesen hätten sich beruhigt, da nun Lissabon die globalen Interesse Portugals verteidige. Man werde über eine Entschädigung verhandeln. Was die **Entwicklungszusammenarbeit** betreffe, so sei es ein **Anliegen der Regierung, dass die Institutionen ihre Verpflichtungen respektieren würden**, selbst wenn deren personelle Zusammensetzung ändere.

Bezüglich der **Dürre im südlichen Afrika** erklärt M, dass es noch keine Anzeichen für Regen gäbe. Er äussert sich **positiv über die internationale Hilfe**. Weder aus Mozambique noch aus Zimbabwe habe er negative Stimmen vernommen. Positiv seien auch die

verbesserte Koordination und politischen Kontakte im südlichen Afrika, die durch die Dürre zustande gekommen seien. So herrsche beispielsweise eine gute Zusammenarbeit mit **Südafrika**. Gemäss SHG, hat **die Schweiz im vergangenen Jahr Mozambique** (inkl. mozambikanische Flüchtlinge in den Nachbarländern) **7,1 Mio SFr. für humanitäre- und Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung gestellt**. Dieses Jahr werden es voraussichtlich mehr sein. Mit der Rückkehr von Flüchtlingen wird Mozambique voraussichtlich von der Hilfe profitieren, welche diesen bisher im Ausland gewährt wurde.

Die Schweizer Seite benutzte die Gelegenheit, um für einen **Genfer Sitz der "Commission for Sustainable Development"** zu plädieren. M, der sich durch Seriosität und Realitätssinn auszeichnete, zeigte sich diesem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen.

\* \*  
\*

In einem **separaten Gespräch am Nachmittag des 16. Oktober 1992 zwischen der Delegation Mozambiques und Vertretern der DEH, Ursula Funk (FUU), Herbert Schmid und Gregor Binkert (BIN) sowie Daniel Haener PA II, (HDA)** wurden einzelne Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit vertieft. Wenig klar sieht M in Bezug auf die **Dezentralisierung der Verwaltung**. Dem Ministerrat sei ein Projekt vorgelegt worden. M glaube indessen nicht, dass in den nächstens 2 bis 3 Monaten etwas neues zu vernehmen sei. Momentan stünden die **Wahlen im Vordergrund**. Überlegungen zur Dezentralisierung und die Einführung von Gesetzen auf nationaler, Distrikt- und lokaler Ebene brauchten Zeit. M glaubt, dass man 1994 bis 1996 damit vorwärts kommen werde. Ein anderes Thema, das dieses Jahr diskutiert werde, sei die **Steuerreform**. Priorität habe indessen der nationale Wiederaufbau:

- **politischer Wiederaufbau:** vor allem freie Wahlen, an welchen sich viele Parteien beteiligen können
- **militärischer Wiederaufbau:** Ausbildung und Demobilisierung zur Garantierung des Friedens, Schaffung einer gut funktionierenden Polizei, die das gesamte Territorium abdeckt. Diese müsse lernen, nicht zuerst zu schiessen und sei mit geeigneter Ausrüstung zu versehen (Tränengas). Diesbezüglich bestünden Kontakte mit Spanien und Deutschland. Es sei jedoch noch keine Hilfe zugesichert worden.
- **wirtschaftlicher und sozialer Wiederaufbau:** Wiedereingliederung von Armeeingehörigen ins Zivilleben, Ausbau der Infrastrukturen (Brücken, Strassen, dies könne nicht durch Private gemacht werden) als Voraussetzung zur Entstehung eines Marktes, Wasserversorgung, Zementherstellung, Landwirtschaft, Spitäler, Schulen, Kantinen, Häuser, etc. Was die Gefahr der **Minen** betrifft, so ist das Problem nicht so gross wie in Kambodscha oder Angola. Minengürtel wurden insbesondere im Bereich von wirtschaftlich schützenswerten Objekten angelegt.

FUU und BIN fragten sich, **ob es sinnvoll sei**, in nächster Zeit gleich **drei Donatorenkonferenzen** abzuhalten (durch Italien, die EG und die Weltbank). Liessen sich nicht Konferenzen zusammenlegen und somit Ressourcen einsparen. Die Vorbereitung für diese Kon-

ferenzen bedeuten auch einen Aufwand für uns. Die DEH könne nur im Notfall zusätzliche Mittel freimachen. **M versprach diese Angelegenheit mit seinen Kollegen in Maputo zu besprechen.**

FUU fragt nach den Prioritäten von M als ehemaliger Gesundheitsminister im Gesundheitsbereich. Im Moment habe die **Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium** durch die Bedgethilfe einen Bezug für das ganze Land. Dazu sei die Schweiz an der Ausbildung von Basisgesundheitsagenten (Agentes Polivalentes Elementares de Saude, APES) beteiligt. Schwieriger sei es **im Medikamentenbereich** (Import, Selektion, Verteilung, Kontrolle, Gebrauch). Hier wären auch Importerleichterungen über die notwendige Devisenzuteilung für Medikamente willkommen. **M bezeichnet die Projekte der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit als gut.** Ein grosses Problem sei die Versorgung mit **sauberem Wasser**. Hier müssten Gesundheitsbeauftragte eingesetzt werden. Im **medizinischen Bereich** sei das **Vorbeugen** bereits im Kindesalter wichtig (Schutzimpfungen). Man müsse die **Spitäler mit einem Minimum an Ausrüstung dotieren**. Wenn es darum gehe, mit Lohnanreizen Aerzte in die Provinz zu locken, helfe die Politik wirtschaftlicher Liberalisierung wenig. Hier müsse die Öffentlichkeit eingreifen.

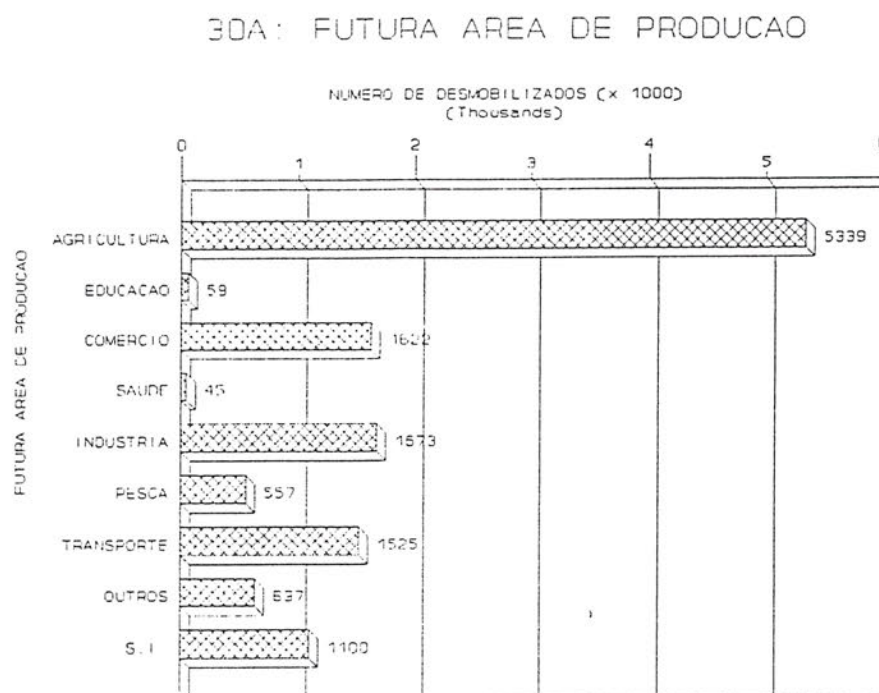
FUU wies auf die **Schwierigkeiten von einigen NOGs** hin, in Mozambique **ein juristisches Statut zu erhalten**. Laut M will die Regierung die Etablierung von ONGs fördern, einige hätten indessen nicht die dazu notwendigen Kapazitäten. Es gebe ONGs, die lediglich auf ein internationales Statut abzielten, um Mittel für ihre eigene Verwaltung und nicht für die Hilfe an die Bedürftigen zu erlangen. Auch dieses, portugiesisch geführte, Gespräch verlief ausgesprochen freundschaftlich. M lud die Anwesenden DEH-Vertreter ein, bei ihm anzuklopfen, wenn sie in Maputo weilten.

Important Principles for the Success of a Demobilization and Reintegration Programm

- The program should be as simple as possible to facilitate its implementation.
- The autonomous reintegration of the demobilized military personnel should be encouraged as much as possible. Following the analysis of more than 12'500 questionnaires, this is not an unrealistic expectation: 95% of the future demobilized have family in the area they want to go to, more than 50% intend to go into agriculture or fisheries, 25,5% would like to go into trade and transport, only 14,6% hope to get a job in the industry, and less than 1% would like to go back to school or into a training program.
- No special reintegration projects should be created for the demobilized military, but they should have the right, as any returning displaced person or refugee, to apply for a job in a rehabilitation or reconstruction project, or to apply to any school or training program available.
- The Demobilization and Reintegration Program should be as inexpensive as possible. This can be achieved if the persons who do not want to join the future army, are demobilized as soon as possible and given the possibility to return to the area of their choice. The longer they stay in the camps, the more this will cost in terms of supervision and food. The transport of the demobilized to the area of their choice is something that could be submitted to the donors for financing.

30 Quantidade por área de produção futura: indica qual é a área de produção futura do desmobilizado; a resposta à pergunta: "O que pretende fazer quando for desmobilizado".

análise: A mapa 30A indica o número de desmobilizados por área de produção:



análise: A mapa 30B indica a percentagem de cada área mencionada como resposta à pergunta "o que pretende fazer quando for desmobilizado":

